



Plan B

Revolution des Systems für eine tatsächliche Neuordnung

von **Andreas Popp** und **Rico Albrecht**

Diesen Text gibt es auch als Hörbuch: www.wissensmanufaktur.net/plan-b



Einleitung

Stellen Sie sich einmal vor, es gäbe eine Vermögenssteuer! Diese Vermögenssteuer sei gestaffelt nach Vermögen, und zwar so, dass jemand, der zwei Millionen Euro hat, mehr Einnahmen aus dieser Steuer bekommt, als jemand, der nur eine Million Euro hat. Auf der anderen Seite müssen all diejenigen, die kein Vermögen haben, jedes Jahr 10.000 Euro Vermögenssteuer bezahlen.

Wir glauben, dass jemand, der sich öffentlich zu einer derartigen Vermögenssteuer bekennen würde, eher keinen besonders großen Rückhalt in der Bevölkerung erfahren würde, es sei denn, man würde diese Vermögenssteuer sehr unauffällig gestalten und sie in einem Mechanismus verbergen, den kaum jemand durchschaut.

Genau solch einem Mechanismus unterliegen wir schon lange, nur nennen wir ihn nicht Vermögenssteuer, sondern Geldsystem. Jenseits aller steuerpolitischen Überlegungen ist genau dieser Effekt fest in unser Geldsystem eingebaut. Dieses erzeugt allein aufgrund seiner Struktur, die einst willkürlich festgelegt wurde, einen gewaltigen, ständig wachsenden Finanzstrom von Fleißig nach Reich. Diese Transferleistung ist eine Folge des verzinsten Geldsystems und der Art und Weise wie Geld entsteht und in Umlauf gebracht wird.

Der Zinsanteil, der sich in unseren Lebenshaltungskosten verbirgt, liegt heute bei rund 40 Prozent. Dies mag auf den ersten Blick hochgegriffen klingen, doch unabhängig von verschiedenen wissenschaftlichen Untersuchungen, die diese Größenordnung ergaben, kann man dies auch leicht mit eigenen Überlegungen selbst nachvollziehen. Allein die monatliche Miete besteht fast nur aus Zinsen, aber auch in den Steuern und Abgaben sind Zinsen enthalten. Sie erhöhen auch alle Preise, da jeder, der an der Wertschöpfungskette beteiligt ist, seine Zinskosten in die Endpreise einfließen lassen muss, was alle Produkte verteuert.

Ein durchschnittlicher Haushalt gibt jährlich ca. 25.000 Euro für seinen Lebensunterhalt aus und bezahlt somit Jahr für Jahr rund 10.000 Euro Zinsen, sofern er auf der anderen Seite keine Zinseinnahmen hat. Verfügt der Haushalt über ein rentabel angelegtes Vermögen in Höhe von etwa einer halben bis einer Million Euro, dann fließen ihm Kapitalerträge zu, aus denen er seinen Zinsdienst ohne Arbeit bestreiten kann. Hat ein Haushalt jedoch kein Vermögen, so muss er unterm Strich Zinsen bezahlen – auch wenn er eigentlich gar nicht verschuldet ist.

Je weiter man sich unterhalb der kritischen Kapitalschwelle befindet, desto mehr zahlt man als Nettozahler in das Zinssystem ein, wobei die Frage, ob man Schulden hat oder nicht, lediglich die Höhe dieser Einzahlungen beeinflusst. Je weiter man jedoch oberhalb der kritischen Vermögensschwelle lebt, desto mehr arbeitsloses Zinseinkommen erhält man als Netto-Zinsempfänger. Die Zuflüsse aus diesem Finanztransfer wachsen in Abhängigkeit vom

eigenen Vermögen, so dass man beispielsweise dann, wenn dieses bei einer Milliarde Euro liegt, eine Transferleistung im Gegenwert von 50 Eigenheimen pro Jahr erhält, die von anderen errichtet werden müssen, ohne sie selbst nutzen zu können.

Garantiert wird dieser Anspruch auf ein solches leistungsloses Einkommen durch den im jeweiligen Land zuständigen Staatsapparat, der die Ansprüche und Pflichten des Finanzsystems (notfalls gewaltsam) gegen die Landesbewohner durchsetzt. Der Staat ist hierbei nicht Gestalter sondern Handlanger des Systems. Jeder Staatsbedienstete sollte sich dieser Aufgabe, die er erfüllt, bewusst sein und die Frage stellen, von wem die Staatsgewalt eigentlich tatsächlich ausgeht. Geht sie gemäß Grundgesetz Artikel 20 Absatz 2 vom Volke aus oder im Widerspruch dazu von den Erfindern dieses Finanzsystems?

Berechnet man den gesamten jährlichen Kapitalstrom, der auf diese Weise allein im Zuständigkeitsbereich der Bundesregierung von Fleißig nach Reich transferiert wird, dann kommen wir auf eine Größenordnung, die sogar den Bundeshaushalt übertrifft. Wenn 40 Millionen Haushalte bei durchschnittlichen Lebenshaltungskosten von 25.000 Euro pro Jahr jeweils rund 10.000 Euro (40 Prozent Zinsanteil) in das Geldsystem einzahlen, dann haben wir hier eine signifikante Größenordnung von 400 Milliarden Euro pro Jahr, über die man einmal sprechen sollte, anstatt sie für selbstverständlich hinzunehmen.

Nun wird plötzlich klar, wie leicht man nach Abschaltung dieses Umverteilungssystems einiges finanzieren könnte, wie die Abschaffung aller Steuern bei gleichzeitiger Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Dank der dann wegfallenden Steuerbürokratie ergäbe sich sogar weniger Arbeit für alle bei gleichzeitig höherem Wohlstand.

Aber nein, dieses Thema ist tabu – zumindest bei den Systempolitikern, die von den Finanzherrschern und Eigentümern der Massenmedien gefördert werden und daher das lukrative Pöstchen erhielten, welches sie heute innehaben und im Falle einer Thematisierung des Zinssystems schneller wieder verlieren würden, als sie das Wörtchen „*systemrelevant*“ aussprechen könnten. Der Zins ist die unantastbare „*heilige Kuh*“, um die man in Medien und Politik stets einen großen Bogen macht, obwohl genau hier die alleinige Ursache liegt für all die auf uns zukommenden Symptome der Finanzsystemkrise.

Das verzinste Geldsystem ist der Motor der Umverteilung von Fleißig nach Reich. Doch dieser Motor gerät nun ins Stocken, was uns allgemein als „*Finanz- und Wirtschaftskrise*“ verkauft wird. Doch haben wir wirklich eine Finanzkrise? Die Geldmenge ist doch größer denn je! Von einem Geldmangel kann nun wirklich keine Rede sein! Und auch von einer Wirtschaftskrise ist nichts zu sehen, denn auch produziert wird mehr denn je. Die Wirtschaft produziert Waren und Dienstleistungen im Überfluss. Mittlerweile gibt es kaum noch Abnehmer für all die Erzeugnisse, die die Wirtschaft ständig produziert. Und das soll eine Wirtschaftskrise sein? Nirgendwo sind Fabriken ausgefallen, und alle Läden sind zum Bersten überfüllt! Echte Wirtschaftskrisen sehen anders aus. Einige unserer älteren Leser dürften das noch erlebt haben.

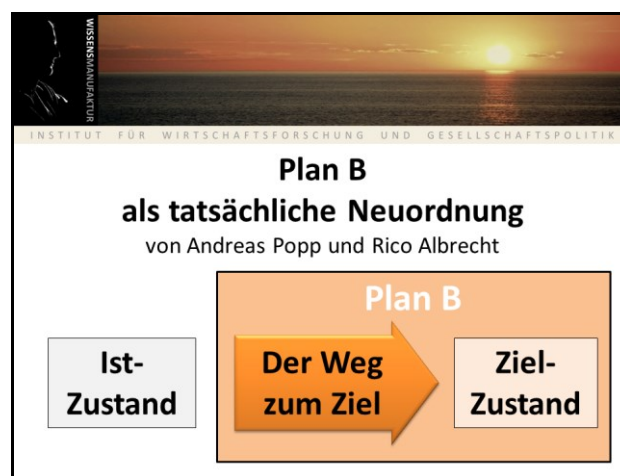
Eine Krise gibt es ausschließlich in dem System, das den permanenten Finanztransfer nach oben antreibt. Unser Geldsystem vermag diese Funktion kaum noch zu erfüllen, denn die Umverteilung hat mittlerweile Ausmaße erreicht, die sich mit rechtsstaatlichen Mitteln nicht mehr aufrechterhalten lassen. Nun zieht man den Strick um den Hals der Steuerzahler immer enger und beseitigt ganz nebenbei den Rechtsstaat, um das Leben dieses auf lange Sicht mathematisch ohnehin zum Scheitern verurteilten Systems noch so lange wie möglich zu verlängern.

„*Alternativlos*“ ist all dies jedoch nur in den Augen derer, die ihre Privilegien der Tatsache verdanken, dass sie die Systemfrage niemals öffentlich stellen. Die Politikdarsteller aller

Systemparteien sehen den einzigen Ausweg in immer mehr Wirtschaftswachstum, mit dem die grenzenlos wachsende Verschuldung durch immer mehr reale Werte unterlegt werden soll. Dies geschieht ohne Rücksicht auf die Folgen für uns und unsere Umwelt durch alle Blockparteien des sogenannten Bundestags.

Aber nun stellen wir uns einmal vor, dieses System bricht tatsächlich in Kürze komplett zusammen. Was kommt dann? Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass die etablierten Eliten nach dem Neustart mit demselben System einfach wieder von vorne beginnen, welches dann nach zwei bis drei Generationen erneut zusammenbricht. Wir stehen also heute an einem historischen Scheideweg. Wir haben es in der Hand, bei dem bevorstehenden Crash die Weichen zu stellen für eine tatsächliche Neuordnung.

Wie diese Neuordnung aussehen kann und mit welchen Mitteln und Wegen wir dorthin gelangen, ist Thema des Plan B der Wissensmanufaktur.



1. Ist-Zustand

Bevor wir zum eigentlichen Plan B kommen, der sich aus dem angestrebten Ziel-Zustand und dem Weg zum Ziel zusammensetzt, möchten wir noch einmal ganz kurz den Ist-Zustand und die Ursache der heute beobachteten Symptome auf den Punkt bringen. Dies ist erforderlich, da wir schließlich keinen neuen Staat auf dem Reißbrett konstruieren können, sondern bestehende Gegebenheiten bei einer Planung sorgfältig berücksichtigen müssen.

In der sogenannten „*Öffentlichkeit*“, also in der virtuellen Realität, die durch Medien- und Politikdarsteller in Form einer veröffentlichten Meinung erzeugt wird, wundert man sich gelegentlich über einige Erscheinungen, für die man offenbar keine Erklärung hat, obwohl man einzelne Symptome durchaus erkennt.

Hierzu gehört eine „*Schere zwischen Arm und Reich*“, die immer weiter auseinandergeht. Genauer sollte man diese Entwicklung jedoch als zunehmende „*Umverteilung von Fleißig nach Reich*“ bezeichnen, denn von armen Menschen, die nicht arbeiten, ist schließlich nichts zu holen. Umzuverteilen haben nur die Fleißigen etwas Wertvolles, nämlich die Früchte ihrer Arbeit.

Als weiteres Problem wird die immer schneller wachsende Verschuldung durchaus erkannt. Doch anstatt über die Ursachen zu sprechen, sollen alle Staaten der Erde ihr Wirtschaftswachstum immer weiter beschleunigen und immer mehr Steuern eintreiben, um damit angeblich etwas gegen ihre Verschuldung zu tun. Ewiges Wirtschaftswachstum ist der einzige Ausweg, den all die Medien- und Politikdarsteller vermitteln, die die grundsätzliche Systemfrage stets ausblenden. So erleben wir alle einen irrsinnigen Wachstumswahn,

obwohl nichts in der Natur endlos wachsen kann und unser Planet vom bisher Erreichten bereits an vielen Stellen deutlich gezeichnet ist.

Bei der Problematisierung der Staatsverschuldung handelt es sich jedoch um eine riesige Schuldenlüge. Deutschland hat angeblich 2 Billionen Euro Schulden. Bei wem eigentlich? Etwa bei den USA? Die haben selbst umgerechnet 11 Billionen Euro Schulden. Weitere umgerechnet 8 Billionen Euro Schulden soll Japan haben. Rechnet man einmal die Staatsverschuldung aller Staaten dieser Erde zusammen, dann ergibt sich quasi eine „*Erdverschuldung*“ in Höhe von 32 Billionen Euro! Aber bei wem soll denn die gesamte Erde verschuldet sein? Spätestens beim Zusammenrechnen aller Staatsschulden wird klar, dass in der veröffentlichten Meinung zu diesem Thema etwas nicht stimmen kann. Der Trick besteht darin, die den Staatsschulden gegenüberstehenden, ebenfalls auf dieser Erde real vorhandenen, ständig wachsenden Vermögen konsequent auszublenden. Wir hinterlassen zukünftigen Generationen also nicht nur Schulden, wie dies von mahnenden Politikdarstellern immer wieder behauptet wird, sondern auch Guthaben.

Die Ursache hinter der Umverteilung von Fleißig nach Reich, hinter den immer schneller wachsenden Schulden und Guthaben sowie hinter dem Wachstumswahn wird in der veröffentlichten Meinung jedoch niemals thematisiert: das verzinste Geldsystem. Warum dies so ist, ist vor allem ein Resultat der bestehenden Machtstruktur, an deren Spitze ein gewisses System steht. Diesem System gaben wir von der Wissensmanufaktur den Namen Danistakratie, was man grob als „*Herrschaft des Wuchers*“ übersetzen kann.

Danista (Latein) bedeutet Wucher, wuchern, Wucherung. Diese Bezeichnung trifft für das bestehende sozialökonomische System in mehrfacher Hinsicht zu. Eine exponentielle Wachstumsfunktion folgt aus dem Zinseszinsseffekt, der in unser Geldsystem eingebaut ist. Schulden und Guthaben wachsen – also wuchern – immer weiter und immer schneller. Das System selbst verhält sich wie eine Wucherung und wuchert unersättlich. Aber auch innerhalb des Systems wird gewuchert, und zwar in Form von Zinswucher. Mit Zinswucher sind nicht nur Wucherzinsen gemeint, sondern jeder Zinssatz oberhalb von Null, egal wie klein er auch sein mag, denn aus Sicht der Mathematik bestimmt die Höhe des Zinssatzes lediglich die Zeitskala, auf der die ökonomischen und ethisch verwerflichen Erscheinungen auftreten. Des Weiteren wuchert es aber auch in den Menschen, denn an den Folgen dieses Systems leiden wir alle, was auch zu inneren Wucherungen führen kann.

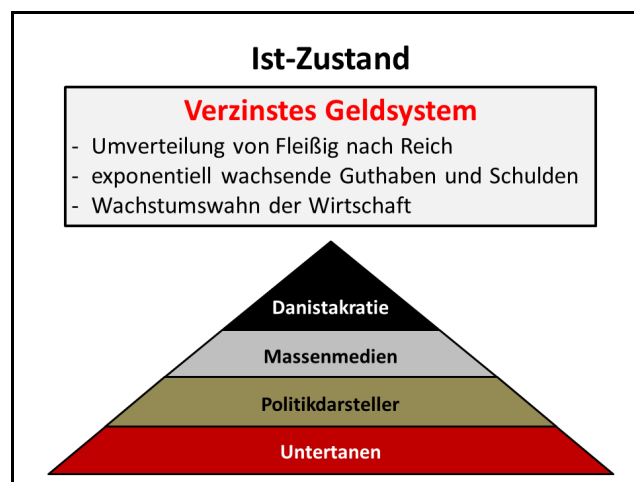
Die Danistakratie äußert sich zum einen in der Geisteshaltung des unersättlichen Strebens nach immer mehr materiellem Reichtum. Dieses Streben geht mit einem Niedergang von Kultur, Sitte und Moral einher, wodurch sich diese Entwicklung sogar noch selbst verstärkt. Die Danistakratie ist zum anderen in einer internationalen Geldmacht verkörpert, die allen Staaten übergeordnet ist und die globale Herrschaft des Wuchers immer weiter vorantreibt.

An der Spitze der Hierarchie steht also ein System, das über die Menschen herrscht. In diesem System gibt es zwar alle möglichen Teilnehmer, die – meist unfreiwillig – eine bestimmte Rolle spielen. Es gibt jedoch keine personifizierbaren Herrscher wie es einst z.B. in der Monarchie der Fall war. Wenn man von Danistakraten sprechen will, dann sind wir alle als kleine Rädchen dieses Systems Danistakraten.

Direkt unterhalb der Spitze der Hierarchie sind die Massenmedien angesiedelt. Man muss kein Wirtschafts- oder Kommunikationswissenschaftler sein, um feststellen zu können, dass die Deutungshoheit über Geschichte und Gegenwart vor allem eine Frage des Geldes ist. Je größer die Reichweite eines Mediums ist, desto mehr kostet es. Aus diesem Grund ist es selbstverständlich, dass die veröffentlichte Meinung in den Händen derer liegt, die über die nötigen Milliarden verfügen.

Zitat: „Bis zum heutigen Tag gibt es so etwas wie eine unabhängige Presse in der Weltgeschichte nicht. Ich werde jede Woche dafür bezahlt, meine ehrliche Meinung aus der Zeitung bei der ich angestellt bin, herauszuhalten. Wenn ich meine ehrliche Meinung in einer Ausgabe meiner Zeitung veröffentlichen würde, wäre ich meine Beschäftigung innerhalb von 24 Stunden los. Es ist das Geschäft der Journalisten, die Wahrheit zu zerstören, unumwunden zu lügen, zu pervertieren, zu verleumden, die Füße des Mammons zu lecken und das Land zu verkaufen für ihr täglich Brot. Wir sind die Werkzeuge und Vasallen der reichen Männer hinter der Szene. Wir sind die Hampelmänner, sie ziehen die Fäden, und wir tanzen. Unsere Talente, unsere Möglichkeiten und unsere Leben sind das Eigentum anderer Männer. Wir sind intellektuelle Prostituierte.“ (John Swinton, 1829-1901, Chefredakteur der „New York Times“, im Jahre 1880 bei seiner Verabschiedung)

Mehr muss man zum Thema Pressefreiheit in den Massenmedien nicht sagen. Seit dieser Aussage, die vor über 130 Jahren getroffen wurde, hat sich praktisch nichts verbessert. Den Darstellern in den Medien macht es meist auch keinen Spaß, ihre wahre Meinung verschweigen zu müssen und sich für offensichtliche Propaganda missbrauchen zu lassen. Doch wer sich des Geldes wegen als Werkzeug des Systems anbieten muss, der hat oft keine andere Wahl. Der Volksmund bringt es auf den Punkt: „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.“ So haben die Massenmedien vor allem die Aufgabe, als Instrument des Systems dieses zu bewahren und die nächste Ebene darunter zu steuern.



Auf der nächsten Hierarchieebene stehen die Politikdarsteller, jene Spezies, die man nicht in verschiedene Parteien sondern besser in zwei Klassen einteilen sollte. Die einen sind so harmlos, dass sie das System, dem sie dienen, niemals durchschauen und somit auch nicht gefährden. Die breite Parlamentsfüllmasse kann man erfahrungsgemäß in diese Gruppe einordnen. Sie ist primär damit beschäftigt, zu verbergen, wie wenig man eigentlich von dem versteht, was man den ganzen Tag tut. Gerne hört man in diesen Kreisen auf die führenden Stimmen, die einen hinter den Kulissen mit „gutem“ Rat versorgen. Die zweite Gruppe sind die Spitzenpolitiker, denen man selektionsbedingt ausreichend Gier und Gerissenheit unterstellen kann. Sie dürften wissen, dass sie ihre Vorteile und Privilegien nur dann erhalten, wenn sie dem System treu dienen und sich das für ihre Karriere erforderliche Geld sowie die günstige Meinungsmache weiterhin brav erbetteln.

Wir von der Wissensmanufaktur werden immer wieder gefragt, wieso wir keine Partei gründen. Die Antwort ist ganz einfach. Wir wollen diesem System nicht als Partei dienen sondern das System an sich verändern. Viele neue Parteien träumen davon, was sie alles bewirken könnten, und warten darauf, dass ihre guten Ideen endlich das „öffentliche Interesse“ auf sich ziehen. Doch die Gestaltung der veröffentlichten Meinung ist ein Machtinstrument, das ausschließlich dem Systemerhalt verpflichtet ist. Viele gute Leute, die

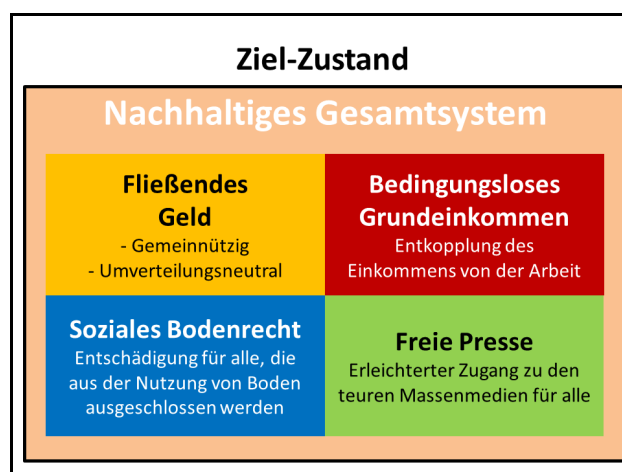
versucht haben, als politische Partei wahrgenommen zu werden, sind leider gescheitert oder haben den Mechanismus, der ihre Bemühungen aussichtslos macht, irgendwann durchschaut und aufgegeben. Anderen steht diese schmerzhafteste Erkenntnis noch bevor.

Unterhalb dieser Ebenen stehen dann schließlich die Untertanen des Systems, und das sind wir alle, egal ob fleißig oder reich. Rein materiell betrachtet kann man zwar zwischen Gewinnern und Verlierern der Danistokratie unterscheiden. Doch diejenigen, die man allgemein aufgrund einer oberflächlichen, materialistischen Betrachtung für die Systemgewinner hält, sind meist auch nicht glücklich, auch wenn eine gewisse Dekadenz dies nach außen hin zu verbergen scheint.

2. Ziel-Zustand

Will man heute ein neues Gesamtkonzept präsentieren, erntet man im ersten Reflex oft Unverständnis bei vielen Menschen aus allen Bildungsschichten, auch wenn sie davon stark profitieren würden. Dies ist teilweise verständlich, da sich in unserer „schnelllebigen Zeit“ kaum jemand die Zeit nimmt, umfassende Lösungen komplett nachzuvollziehen. Heute ist man vor allem dank unserer Medienlandschaft daran gewöhnt, dass alles abgekanzelt wird, was man nicht in zwei Sätzen auf Talkshow-Niveau darstellen und seinen Gesprächsgegnern um die Ohren schlagen kann.

Wer die tatsächliche Neuordnung verstehen will, benötigt vor allem eine große Vorstellungskraft, denn dazu muss man sich zuerst von den Grenzen der heutigen Systeme und dem daraus resultierenden, möglicherweise vorhandenen Denkkorsett befreien. Die im Folgenden aufgezeigte Neuordnung besteht aus vier Bausteinen, die man sich leider viel zu oft im Kontext heutiger Rahmenbedingungen vorstellt. Einzelnen in das heutige Finanz- und Wirtschaftssystem integriert, werden diese Bausteine jedoch völlig zu Recht als „nicht realisierbar“ bezeichnet. Wer seine Überlegungen jedoch von derartigen Einschränkungen befreit und vernetztes Denken beherrscht, der wird verstehen, dass eine sinnvolle Kombination der einzelnen Elemente in einer tatsächlichen Neuordnung mehr als nur realisierbar ist. Sie führt uns zu einer höheren Evolutionsstufe unserer gesamten Gesellschaftsordnung – jenseits von Gewinnmaximierung und Wachstumswahn.



Ziel des Plan B ist es, ein nachhaltiges Gesamtsystem zu definieren und dieses auch tatsächlich einzuführen. Es besteht aus den Bausteinen fließendes Geld, soziales Bodenrecht, bedingungsloses Grundeinkommen und freie Presse.

Plan B setzt sich aus diesen vier elementaren Bestandteilen zusammen, die zwar einzeln in unser heutiges System eingebaut nicht funktionieren würden, wohl aber in ihrer Zusammenwirkung im Rahmen einer tatsächlichen Neuordnung.

Die hierfür erforderlichen, tieferen Zusammenhänge in wenigen Sätzen einem Talkshow-Moderator oder einer Kanzlerdarstellerin zu erklären, ist natürlich aussichtslos, weshalb man uns trotz der Nachfragen in entsprechenden Show-Formaten nicht zu sehen bekommt. Ein gewisses Niveau des konstruktiven Umgangs miteinander sowie eine Bereitschaft, sich mit umfassenderen Gedankengängen auseinanderzusetzen ist eine Grundvoraussetzung für eine ernsthafte Diskussion. Des Weiteren ist es natürlich auch nicht zielführend, sich an die „Repräsentanten“ des alten Systems zu wenden, während die Entscheidungsträger bei der Debatte gar nicht anwesend sind.

Als wir den Begriff Plan B bekanntgaben, erreichte uns in vielen Reaktionen zuerst die Frage, was ist eigentlich Plan A? Plan A ist „alternativlos“ aus Sicht der heutigen Politikdarsteller und der zugehörigen veröffentlichten Meinung. Er beinhaltet also alles, was momentan läuft und scheitern wird. Dies ist mathematisch sicher und ergibt sich direkt aus dem Verständnis der Exponentialfunktion und ihrer Implementierung in unser Finanzsystem. Jeder, der diese Funktion nicht nur rechnen kann, sondern ihre Konsequenzen wirklich verstanden hat, also die daraus resultierenden Erkenntnisse auf seine alltäglichen Beobachtung übertragen kann, weiß, dass ein Wirtschaftssystem, in das eine Exponentialfunktion eingebaut ist, unmöglich nachhaltig funktionieren kann.

Rein technisch ist Plan A schon lange gescheitert. Die Verlängerung, in der wir uns momentan befinden, geschah auf Kosten des Rechtsstaates. Und je länger dies so weitergeht, desto stärker wird man die Rechtsbrüche und Unterdrückungsmaßnahmen steigern müssen, und zwar ebenfalls mit exponentiellem Wachstum. Die weitere Fortsetzung von Plan A führt zwangsläufig und systembedingt in eine Phase des Faschismus, die laut Definition dann gegeben ist, wenn Banken, Konzerne, Medien und Politiker das Volk gemeinsam unterdrücken.

Plan B ist die Alternative, die heute sofort in Kraft treten kann, um das alte System friedlich und geordnet in ein neues zu überführen. Er kann aber auch erst dann in Kraft treten, wenn das bestehende System nach der Phase des Faschismus gescheitert ist. Je früher die Umstellung erfolgt, desto früher werden sich die Lebensumstände aller Leidtragenden des bestehenden Systems enorm verbessern. Wir hoffen, dass es nicht erst noch so weit kommen muss, dass Polizei und Soldaten auf andere Menschen schießen müssen, denn die Voraussetzungen hierfür wurden gemäß Lissabon-Vertrag bereits geschaffen. Sparen wir uns diese sinnlose Endphase!

2.1 Fließendes Geld

Da der Umverteilungsmechanismus von Fleißig nach Reich, der jenseits aller steuerpolitischen Betrachtungen allein aus dem Geldsystem resultiert, nun hinreichend bekannt ist, möchten wir natürlich auch die von uns favorisierte Lösung einer gerechten Geldordnung kommunizieren. Wir bezeichnen sie als „fließendes Geld“. Dieses Geldsystem ist in erster Linie gemeinnützig und umverteilungsneutral. Dies wird dadurch gewährleistet, dass es anstelle von Zinsen eine andere Umlaufsicherung in Form einer Fließgebühr gibt. Die Erträge aus dem Betrieb dieses Systems fließen dann der Allgemeinheit zu, entlasten sie von Steuern und ermöglichen darüber hinaus ein bedingungsloses Grundeinkommen, welches wir in Kapitel 2.3 noch näher ausführen werden.

Die Privatisierung des Geldschöpfungsrechts in Verbindung mit der Zinsbelastung der gesamten in Umlauf befindlichen Geldmenge ist die zentrale Ursache unserer heutigen Situation. Das unglaubliche Privileg, dass private Institutionen Geld selbst herstellen und gegen Zins verleihen zu dürfen, wird durch das fließende Geld beendet. Das

Geldschöpfungsmonopol wird sozialisiert, und die in Umlauf gebrachte Geldmenge von der Zinsbelastung befreit. Hierfür erhält eine dem Volk verpflichtete, gemeinnützige Zentralbank die Geldhoheit.

Die Gegner dieses Rechts auf Geldschöpfung durch eine öffentliche Institution bringen oft den Einwand, dies würde Inflation bedeuten, wenn die „Regierungen“ plötzlich die Macht über die Gelddruckmaschinen bekämen, denn der „Staat“ könne bekanntlich nicht mit Geld umgehen. An dieser Stelle muss man erwidern: „Haben wir die Inflation denn nicht auch schon heute unter der privaten Bankenmacht?“ Wir sprechen auch nicht davon, die Geldhoheit in die Hände derer zu legen, die heute als Politikdarsteller tätig sind. Für diese verantwortungsvolle Aufgabe benötigt man schon andere Menschen, und zwar solche, die nicht aufgrund einer negativen Auslese in den Parteiapparaten aufgestiegen sind, sondern stattdessen etwas vom Fach verstehen und obendrein gewisse charakterliche Grundlagen mitbringen, wie man sie bei unseren Spitzenpolitikern selektionsbedingt leider nicht vorfinden kann.

Eine wichtige Voraussetzung für die Beschäftigung mit dem Thema fließendes Geld ist es also, die verwendeten Begriffe exakt zu bestimmen, damit eine saubere Vokabelnutzung keine Zweideutigkeiten zulässt. Die Geldmacht darf nicht in privaten Händen, aber auch nicht bei den Regierungen liegen. Sie gehört einzig und allein in Volkes Hand, also dem wahren Staat, der nicht mit der Regierung verwechselt werden darf. Die Deutsche Bundesbank kann hierbei als Vorbild dienen, auch wenn sie durch die Dollarleitwährung nicht wirklich frei agieren konnte. Im Übrigen wäre es falsch zu behaupten, der Staat könne grundsätzlich nicht mit Geld umgehen. Richtig ist, dass die Politikdarsteller, die unter den heutigen Bedingungen eingesetzt werden, das Geldsystem nicht verstanden haben, während mit ihrer Unterstützung der Staat zur Hyperverschuldung gezwungen wird.

Eine gemeinnützige, öffentliche Zentralbank hat klar die Interessen der Menschen im Staat zu vertreten und nicht mehr die eines privilegierten, privaten Bankensystems.

Eine Umlaufsicherung bewirkt, dass Geld auch ohne Zinsen ständig im Umlauf bleibt. Einer Umlaufgebühr kann man leicht entgehen, wenn man sein Geld im Fluss hält, es also verleiht. Die Gebühr wird ähnlich einer Parkgebühr nur dann fällig, wenn jemand den Geldfluss behindert, indem er große Summen der Realökonomie vorenthält. Diese Umstellung des Zinses auf eine Umlaufgebühr ist die entscheidende Grundlage aller nachhaltigen Finanzsysteme – unabhängig von der Ausgestaltung diverser Details, denn sie bewirkt eine Befreiung von der verhängnisvollen Exponentialfunktion, die aus der zinsbehafteten Schuldgeldschöpfung resultiert. Sobald die Erträge aus dem Betrieb des Geldsystems der Allgemeinheit zufließen, anstatt einem privaten Geldmonopol, ergeben sich Möglichkeiten der Finanzierung öffentlicher Aufgaben, die heute nahezu unvorstellbar sind.

Die Frage, wer denn noch sein Geld verleiht, wenn er dafür keine Zinsen mehr bekommt, ist leicht zu beantworten. Die Gegenleistung für das Verleihen von Geld ist die Erhaltung des Geldes. Ein komplett neues Bankensystem ist die Folge, welches kein Geld mehr produziert, sondern im Rahmen einer neuartigen Dienstleistung vorhandenes Kapital als Kredit vermittelt. Die Kreditnehmer müssen dann statt hoher Kreditzinsen nur noch ganz oder teilweise die Umlaufgebühren der „Geldeigner“ übernehmen. Unter dieser Voraussetzung treffen sich Geldverleiher und Kreditnehmer auf Augenhöhe, da nun beide ein echtes Interesse an einem Darlehensvertrag haben. Dann werden plötzlich unglaublich viele sinnvolle Innovationen realisierbar, die im bestehenden System oft am verwehrten Kredit scheitern.

Bei besonderen Erfindungen, die den Wohlstand einer Gesellschaft erhöhen, kann der Staat dann auch selbst Kredite an innovative Unternehmer vergeben, indem er das Geld hierfür herstellt. Der Einwand der Inflation ist auch hier leicht zu entkräften, denn die haben wir ja im bestehenden System ebenso, da auch die Banken bei der Kreditvergabe neues „Geld“ herstellen. Heute erhält jedoch die Gesellschaft keinerlei Gegenleistung für diese Art der Geldentwertung. Wenn aber der Staat dieses Privileg selbst in die Hand nimmt, dann besteht der entscheidende Vorteil darin, dass die Menschen dann keine Steuern mehr dafür bezahlen müssen, wenn der Staat (also wir alle!) in Projekte investiert, die dem Gemeinwohl dienen.

Im bestehenden System muss sich der Staat frisch produziertes Kreditgeld von den Banken leihen und dafür immer mehr Zinsen bezahlen, wenn er z.B. in Forschung, Bildung und Infrastruktur investieren will. Auf diese Zusatzkosten kann man schlicht und ergreifend verzichten. Eine geringfügige, einkalkulierte Inflation (die nicht höher ist als die heutige!) kann als Preis für derartige Errungenschaften betrachtet werden und anstelle von Steuern „erhoben“ werden. Die Geldeigner werden diese Art von Steuer gerne tragen, da sie im Gegensatz zu heute nicht dem Finanztransfer von Fleißig nach Reich dient, sondern den Wohlstand für alle erhöht.

Als weiterer Effekt des fließenden Geldes werden dann auch Erfindungen möglich, die uns massiv die Arbeit abnehmen, wovon im heutigen System noch alle Angst haben. Auch hierzu folgt Näheres im Kapitel über das bedingungslose Grundeinkommen, welches eben nur in Kombination mit diesem Geldsystem möglich und sogar erforderlich ist.

Eine *öffentliche* Zentralbank mit dem Geldschöpfungsmonopol verändert die Rahmenbedingungen so massiv, dass viele der heutigen Volkswirte und Bankiers unsere Konzeptionen nicht verstehen. Zu lange denken sie schon in den Schranken des herrschenden Systems. Die meisten Bankvertreter wissen noch nicht einmal, dass ihr Institut mit nur 1.000 Euro Kundensparvermögen eine Basis für 100.000 Euro Kreditsumme zur Verfügung hat. Die Zinsen auf das so in Form von Schulden erzeugte Geld fließen danach den Kapital-Darlehenskräften zu und müssen durch Arbeit vom Schuldner erwirtschaftet werden. Beim fließenden Geld hingegen werden diese Zinsen eingespart, was der Allgemeinheit so viele Mittel bewahrt, dass neben der Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens sogar noch auf sämtliche Steuern verzichtet werden kann.

Es gibt noch andere Einwände und Vorwände gegen ein Geld ohne Zinsen, die sich jedoch von selbst entkräften, wenn man mit etwas gutem Willen versucht, etwas Vorstellungskraft aufzubringen, um dieses auf Silvio Gesells Ideen basierende Geldsystem zu verstehen.

Betrachten wir zum Beispiel die Befürchtung, dass alle Marktteilnehmer in Gold flüchten könnten, um der Umlaufgebühr zu entgehen. Dies können sie gerne tun, denn der Marktpreis für solche Sachwerte spielt keine Rolle für das Funktionieren des Geldsystems als Teil der Infrastruktur einer Volkswirtschaft. Entscheidend ist, dass das Geld als Rechtseinrichtung in Form gesetzlicher Zahlungsmittel trotzdem und erst recht im Umlauf bleibt, also weiterhin fließt.

Auch die Frage „*Wer leiht denn dem Staat dann noch Geld, wenn er keine Zinsen dafür bekommt?*“ ist einfach zu beantworten: Niemand, und so soll es auch sein! Der Staat macht keine Schulden mehr, also stellt sich diese Frage gar nicht.

Was einzig bleibt, ist die Gefahr, dass hohe Vermögen spekulativ in Boden angelegt werden, was den Preis dieser begrenzten und allen Menschen gleichermaßen zustehenden Ressource in unbezahlbare Höhen treiben könnte. Würde man das fließende Geld isoliert unter heutigen Rahmenbedingungen einführen, dann bestünde diese Gefahr tatsächlich. An dieser

Stelle sei jedoch weiterhin darauf verwiesen, dass die tatsächliche Neuordnung vier Bausteine beinhaltet, die aufeinander abgestimmt sind. Gelöst wird diese Frage durch die gleichzeitige Einführung eines sozialen Bodenrechts.

2.2 Soziales Bodenrecht

Die von uns geforderte komplette Erneuerung des existierenden römischen Bodenrechts ist eine sehr heikle Thematik, da manche Menschen sofort interpretieren wollen, man würde ihnen ihr „Eigentum“ streitig machen. Es ist wichtig zu realisieren, dass es in Anbetracht des bestehenden Systems keinen schuldenfreien Grund und Boden gibt, auch wenn man diese Tatsache gern verdrängt. Wenn man über einen längeren Zeitraum seine Grundsteuern nicht bezahlt, kommt unumgänglich der Zeitpunkt, an dem man sein Grundstück zwangsenteignet bekommt. Diese Art von Grundsteuer nimmt man offenbar als „gottgegeben“ hin.

Das soziale Bodenrecht sieht ebenfalls eine Art „Grundsteuer“ vor. Diese soll allerdings nicht wie heute über das verzinste Geldsystem nach oben verteilt werden, sondern denjenigen Menschen als Entschädigung zufließen, die kein Grundstück nutzen.

Jedes Grundstück hat einen Ertragswert, den man kalkulieren kann. Wird der Boden aber nicht genutzt, ist er wertlos. Diejenigen Teilnehmer am heutigen Finanzsystem, denen jährlich so große Finanzströme in Form von Zinseinnahmen zufließen, dass sie mit dem Ausgeben dieser Geldmassen kaum noch hinterherkommen, legen diese permanenten Zuflüsse gerne in reale Werte an, kaufen sich also Grundstücke, selbst wenn sie dann nur brachliegen. Gern melden sich dann diese Personen auch noch z.B. als „Landwirt“ an, um über die als „EU-Kommission“ bezeichnete Lobbyvertretungsbehörde Stilllegungsprämien für diese Grundstücke abzugreifen. Auch diese perfiden Spiele werden im Rahmen unserer integrierten Gesamtlösung automatisch ein Ende haben.

Im Buch „Der Währungs-Countdown“ (Andreas Popp) werden diese Zusammenhänge schlüssig durchleuchtet und allgemeinverständlich im Kontext erarbeitet. Vor allem aber wird auch die Lösung im bestehenden System beschrieben, denn eine Bodennutzungsgebühr als Entschädigung an die anderen Bewohner einer bestimmten Region verursacht im ersten Impuls eine vermeintliche Gefahr der Ungerechtigkeit. Da viele sogenannte Eigentümer ihr Land bereits ganz oder teilweise durch Arbeit oder Erbschaft abbezahlt haben, werden sie kaum bereit sein, nun Gebühren an Nichteigentümer zu bezahlen, die diesbezüglich keine Leistung oder Rechtsgrundlage vorzuweisen haben. Deshalb ist es wichtig, dass diese Eigentümer solange von den Nutzungsgebühren befreit bleiben, bis sich der Vermögenswert Boden theoretisch aufgezehrt hat. Nehmen wir an, jemand verfügt über ein „schuldenfreies“ Grundstück mit einem bestimmten Wert, dann wird diese Summe als eine Art Guthaben zugeordnet, das sich langsam reduziert, da man die Nutzungsgebühren jährlich abzieht. Auf der anderen Seite erhält man aber bereits Gebühren von anderen Grundstücksnutzern, die nicht (oder noch nicht) schuldenfrei waren.

Es geht uns darum, dass man keine rücksichtslosen Ungerechtigkeiten vornimmt, wie sie noch immer(!) ungeklärt sind, wenn man sich z.B. die sogenannten Zwangsenteignungen zwischen 1946 und 1949 in der sowjetischen Besatzungszone gegen die rechtlich einwandfreien Eigentümer ansieht. Wesentlich ist auch, dass man das soziale Bodenrecht nicht mit einem Pachtvertrag verwechselt, der z.B. nach 100 Jahren ausläuft und neu verhandelt werden muss, denn alle Menschen wollen Planungssicherheit und die wird es geben.

Sobald man die elementar wichtigen Zusammenhänge einer neuen Bodenrechtsordnung im Rahmen einer tatsächlichen Neuordnung verstanden hat, erkennt man, dass dadurch

niemand etwas verliert. Dies gilt sowohl für die „Reichen“, als auch für die „Armen“. In Verbindung mit fließendem Geld wird lediglich die weitere Umverteilung von Fleißig nach Reich gestoppt, was bei allen(!) Wirtschaftsteilnehmern eine gravierende Erhöhung der Lebensqualität bedeutet.

Nun muss man allerdings zugeben, dass es einige Großkonzerne geben wird, die ihre Grundstücke dann nicht mehr halten werden, sondern verkaufen, da diese nun als Spekulationsobjekt unbrauchbar werden. Wir finden aber, dass man mit diesem „Preis“ leben kann, zumal die Betroffenen eher keine Menschen aus Fleisch und Blut sind, sondern eher juristische Personen wie Aktiengesellschaften oder andere Körperschaften, die gegründet und nicht geboren werden. Demjenigen, der hiergegen den Einwand einbringt, dass dann viele auf den Markt geworfene Grundstücke die Preise stark sinken lassen könnten, muss man entgegnen, dass sinkende Immobilienpreise vor allem sinkende Mieten für alle zu Folge haben. Über hunderte von Jahren haben die Grundstückseigentümer von den steigenden Preisen in Form von leistungslosen Spekulationsgewinnen partizipiert, weshalb man ihnen auch einen gewissen Rückgang des Marktpreises einmalig zumuten kann. Das ist ein erklärbarer Beitrag zur Reduktion der Umverteilung von Fleißig nach Reich, denn sinkende Preise für den Faktor Boden führen auch zu sinkenden Güterpreisen und somit zu mehr Wohlstand für die gesamte Gesellschaft.

Im Buch „Der Währungs-Countdown“ werden die konkreten möglichen Abläufe hierbei detaillierter beschrieben, die über zwei öffentliche Institutionen verwaltet werden, dem Bodenplanungs- und dem Grundbuchbüro. Gerade im Rahmen von überschaubaren Gemeinden oder Städten sind diese Umstrukturierungsmaßnahmen relativ unproblematisch umzusetzen, wenn die Menschen das gesamte Konzept verstanden haben.

2.3 Bedingungsloses Grundeinkommen

„Sozial ist, was Arbeit schafft.“ So oder ähnlich versucht uns die Parteipropaganda mit ihren niveaulosen Wahlplakaten einzufangen. Unterstellt wird bei einer solchen Aussage, man hätte das größte Glück der Erde erreicht, wenn man den ganzen Tag arbeiten darf. Die Grundlage dieser Aussage liegt in dem Dogma, welches wir schon seit frühester Kindheit eingepflegt bekamen: „Wer Geld verdienen will, muss arbeiten!“ Man sollte sich doch einmal fragen, warum es Menschen gibt, die ihr ganzes Leben lang nur schufteten und niemals auf einen grünen Zweig kommen, während andere Personen niemals gearbeitet haben und immer in Saus und Braus leben können.

Arbeit und Einkommen werden in der veröffentlichten Darstellung fälschlicherweise untrennbar miteinander verknüpft. Erben reicher Familiendynastien haben bekanntlich ungleich bessere Chancen auf ein sorgenfreies Leben, als die Kinder, die in der x-ten Generation nur durch Arbeit ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen. Es geht bei dieser Aussage auf keinen Fall um eine Anklage der Erben, die systembedingt völlig rechtens ihr Leben ohne Arbeit verbringen. Trotzdem muss man an dieser Stelle auch einmal das System an sich auf Gerechtigkeit überprüfen. Vorhandenen Reichtum aufzuzehren ist eine legitime Angelegenheit. Eine ganz andere Sache ist jedoch der permanente Vermögensstrom von der arbeitenden Bevölkerung zu den „reichen Arbeitslosen“, der heute systembedingt stattfindet und immer stärker wird. Dies führt konsequent weitergedacht zu „Sao Paolo-Verhältnissen“. Dort haben sich auf einer Seite Slums entwickelt, während auf der anderen Seite durch Sicherheitsdienste abgeschottete Reicheghettos entstanden. Wenn man über diese systematische Entwicklung nachdenkt, kommt selbst ein „Reicher“ zu der Erkenntnis, dass die Lebensqualität auch für ihn als mangelhaft einzuordnen ist.

Erfolg kommt von „erfolgen“. Durch Leistungen (geistig und körperlich) entsteht Wohlstand und irgendwann ist der Punkt erreicht, an dem die Bedürfnisse der Menschen weitgehend befriedigt sind. Das „*Problem*“ dieses Erfolges ist allerdings, dass dann viele Arbeiten nicht mehr erforderlich sind. Und während die Früchte dieser Arbeit nur den (Ver)-Führern der Danistakratie zufließen, fallen die arbeitenden Leistungsträger durchs Raster, wenn ihr Auftrag erledigt ist. Menschen und Maschinen erwirtschaften Gewinne. Aber die Gewinne werden einseitig an die Kapitaleigner verteilt, die diese Profite in technischen Fortschritt investieren, um danach die Menschen, die den Erfolg erst ermöglicht haben, auf die Straße zu setzen. Diese Ungerechtigkeit ist einfach und verständlich, auch wenn sie unsere Paradigmen auf den Kopf stellen.

Die Menschen wollen in erste Linie keine Arbeit, sondern ein Einkommen. Aus Angst vor Arbeitslosigkeit sind deshalb mittlerweile extrem viele „Einkommensplätze“ entstanden, die keinen Sinn machen – ganz im Gegenteil. Destruktive Jobs kann man im neuen System einfach abschaffen, weil darin das Anrecht der betroffenen Menschen auf eine Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand auch dann erhalten bleibt, wenn ihre Arbeit entbehrlich wird. Denken wir nur an die vielen Menschen in der Steuerverwaltung, Wirtschaftsprüfung, Finanzindustrie usw., die eigentlich nur sinnlos Papier schmutzig machen. Aber auch z.B. die Krankheitsindustrie, deren Hauptaugenmerk darauf liegen muss(!), die Menschen langfristig krank zu halten, um die Arbeit dieser Branche unersetzbar zu machen. Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Mit ein wenig Vorstellungskraft wird schnell klar, dass dann mit wesentlich weniger Arbeit für alle gleichzeitig mehr Wohlstand möglich ist.

Die tatsächliche Neuordnung beinhaltet ein bedingungsloses Grundeinkommen, welches nicht als *Sozialleistung* gemeint ist. Es ist ein kollektiver *Anspruch* auf Werte, die von vorherigen Generationen geschaffen wurden und von denen alle partizipieren sollen.

Das Ziel der wirtschaftlichen Aktivitäten sollte die Befreiung von der Arbeit sein!

Nun kommt natürlich gern der Einwand, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen gar nicht finanzierbar sei. Natürlich wäre es nicht finanzierbar in Euro, wohl aber in einer ganz anderen Geldordnung! Unser heutiges Geldsystem hat die Aufgabe, eine gigantische Transferleistung von Fleißig nach Reich zu finanzieren, die jenseits aller steuerpolitischen Überlegungen permanent stattfindet. Selbstverständlich bleibt dabei kein Spielraum für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Wir haben eingangs vorgerechnet, dass ein Haushalt, der über kein nennenswertes Vermögen verfügt, pro Jahr 10.000 Euro in das Zinssystem einzahlen muss. Ein Abschalten dieses Mechanismus wird die Höhe des erforderlichen bedingungslosen Grundeinkommens bereits drastisch reduzieren, da jeder Haushalt zuerst einmal von diesen permanenten, gewaltigen Zahlungen entlastet wird. Die übrige Finanzierung erfolgt dann leicht durch die Möglichkeiten, die das fließende Geld eröffnet.

Ein weiterer Einwand ist, dass dann keiner mehr arbeiten will. Wir sprechen aber nicht von einem bedingungslosen Spitzeneinkommen! Es heißt Grundeinkommen und wird von der Höhe her so bemessen, dass niemand mehr zur Arbeit gezwungen sein wird. Wer innerlich gekündigt hat, der kann es dann auch äußerlich tun. Vor allem Mütter, die wohl die wichtigste Aufgabe in einer Gesellschaft erfüllen, können dann, wenn sie es wollen, bei den Kindern bleiben, wobei gerade diese Leistungsträger aus unserer Sicht einen zusätzlichen Bezug erhalten müssten. Eine Mutter braucht ohnehin in unserer Gesellschaft wieder die höchste Anerkennung, die man überhaupt vergeben kann. Aber zurück zu dem Einwand, dass keiner mehr arbeiten würde, wenn er ein Grundeinkommen erhält. Der Mensch ist von Natur aus ehrgeizig und wird weiterhin mehr erreichen wollen, auch wenn er es nicht muss.

Umfragen bestätigen, dass die meisten Menschen weiterhin arbeiten würden. Auch die Kreativität der Menschen wird stark ansteigen, wenn die heutigen Existenzängste verschwinden.

Die Frage „Und wer macht dann die ganze harte Arbeit?“ ist leicht zu beantworten. Diese Tätigkeiten werden dann eben höher bezahlt und erreichen schon allein dadurch das Ansehen, das sie verdienen. Es ist ja auch überhaupt nicht einzusehen, dass beispielsweise eine Krankenschwester oder ein Ingenieur weniger verdienen und weniger Ansehen bekommen soll, als jemand, der im Glaspalast sitzt und sich durch Lug und Trug an seinen Mitmenschen bereichert.

Was unter heutigen Rahmenbedingungen idealistisch klingen mag, ist in einer tatsächlichen Neuordnung real umsetzbar. Man muss nur die ausgetretenen Irrwege verlassen und darf sich die von uns genannten Bausteine eines nachhaltigen Gesamtsystems nicht isoliert unter heutigen Rahmenbedingungen vorstellen. Eine große Vorstellungskraft ist gefragt, um diese gesamten Zusammenhänge vollständig zu erfassen.

Im Zusammenhang mit fließendem Geld und sozialem Bodenrecht lässt sich auch das bedingungslose Grundeinkommen entspannt und nachhaltig darstellen. Damit lässt sich endlich auch das *Menschenrecht auf Eigentum* realisieren, welches eine angemessene Teilhabe jedes Menschen am insgesamt vom Volke erarbeiteten Vermögen vorsieht.

2.4 Freie Presse

Die Herstellung einer unabhängigen Presse hat vielleicht auf den ersten Blick wenig mit einem nachhaltigen Wirtschafts- und Finanzsystem zu tun. Sie ist jedoch eine unverzichtbare Grundlage hierfür. Wenn die Meinungshoheit bei denen liegt, die über das meiste Kapital verfügen, dann wird deren Interesse an einem leistungslosen Kapitalzufluss erneut mit Hilfe dieses Machtinstrumentes durchgesetzt. Zur dauerhaften Sicherung eines zinsfreien Geldsystems ist eine **Gewaltenteilung zwischen Medien und Kapital** noch wesentlich wichtiger als die Teilung der drei Staatsgewalten.

Es ist unserer Gesellschaft über Jahrhunderte hinweg nicht gelungen, so etwas wie eine unabhängige Presse zu schaffen. Die Medienmacht und somit die Meinungshoheit konzentriert sich in den wenigen Händen, die über die erforderlichen Milliarden verfügen.

Das mutmaßliche Interesse des Kapitals besteht natürlich darin, ein verzinste Geldsystem durchzusetzen, welches wenigen Menschen ein arbeitsfreies Leben mit unermesslichem Zinsgenuss ermöglicht. Dass sich dann jedoch die Schere zwischen Fleißig und Reich immer weiter öffnet, die Menschheit immer wieder in Kriege geführt wird und der eingebaute Wachstumswahn eine hemmungslose Ausbeutung unseres Planeten zur Folge hat, ist allerdings die unvermeidbare Folge solcher Bestrebungen.

Diese enormen Verwerfungen, die dadurch entstehen, dass sich der gigantische Machtapparat der Massenmedien in den Händen des Kapitals befindet, erfüllen eindeutig jede Voraussetzung für die Anwendung von Grundgesetz Artikel 14 Absatz 2: *„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“* In Absatz 3 ist des Weiteren geregelt, dass eine Enteignung dann zulässig ist, wenn sie für das Wohl der Allgemeinheit erforderlich ist. Hierfür gilt die Voraussetzung einer angemessenen Entschädigung, die unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen ist.

Zur Herstellung einer freien Presse ist es unumgänglich, diese Vorgaben des Grundgesetzes zur Anwendung zu bringen und in die Eigentumsrechte der meinungsbildenden

Medienmacht im Interesse der Allgemeinheit einzugreifen. Erfolge kann dies, indem der Zugang zur Meinungsmaschinerie für alternative Medien geöffnet wird – ähnlich wie auch die Telekom ihr Netz für andere Anbieter zur Verfügung stellen muss, oder wie auch Strom- und Bahnnetz für alternative Anbieter geöffnet wurden.

Umsetzen kann man diese notwendigen Maßnahmen durch eine Art „Medienlastenausgleich“, der die meinungsbildenden Medien dazu verpflichtet, einen bestimmten Anteil ihrer Frequenzen und bedruckten Flächen für alternative Medien zu öffnen, die ansonsten an der Eintrittsbarriere Kapital scheitern. Auf diese Weise wird erstmals in der Geschichte bewirkt, dass auch andere Meinungen als die der Kapitalinhaber über die Presse sowie über die großen Fernseh- und Radiosender verbreitet werden können.

Die Bemessung des Prozentsatzes der Ressourcen, die zur Verfügung gestellt werden müssen, wird so gestaltet, dass dieser sich automatisch aus dem Verbreitungsgrad des jeweiligen Mediums ergibt. Ein einmalig festgelegtes, transparentes Rechenmodell regelt dies automatisch in Abhängigkeit von der Reichweite des jeweiligen Mediums.

Der besondere Vorteil dieser mathematisch festgelegten, automatischen Regelung liegt in der Transparenz für alle Beteiligten. Dieses Verfahren schließt auch – im Gegensatz zu einer zentralen Medienaufsicht – Parteinahme und Machtmissbrauch aus.

Natürlich sollen diejenigen, die ihre Infrastruktur hierfür zur Verfügung stellen müssen, dafür entschädigt werden. Die Entschädigung der privaten Medieninhaber erfolgt durch öffentliche Mittel, die über die öffentliche Zentralbank bereitgestellt werden. Die Einführung der freien Presse geht also Hand in Hand mit den anderen Grundlagen der tatsächlichen Neuordnung und ist natürlich auch nur dann finanzierbar. Wie die anderen Bausteine der tatsächlichen Neuordnung auch, darf man also auch die freie Presse nicht isoliert unter den Rahmenbedingungen betrachten, die heute noch herrschen.

Eine Ausnahme bei dieser Betrachtung stellt natürlich der öffentlich-rechtliche Rundfunk dar, dessen Aufgabe es eigentlich ohnehin sein müsste, die Menschen neutral mit Wissen zu versorgen. In Zukunft werden politische Karrieren ganz anders verlaufen als heute, und der Politikertypus, der heute unter dem Einfluss des Kapitals und der privaten Massenmedien steht, entwickelt sich zum Auslaufmodell. Somit kommt die Kontrolle der öffentlich-rechtlichen Medien von ganz allein in wesentlich objektivere Hände.

Ein nachhaltiges Gesamtsystem als tatsächliche Neuordnung

Die Kombination dieser vier Bausteine schafft eine tatsächliche Neuordnung, die uns die Abschaffung aller Steuern, ein bedingungsloses Grundeinkommen und eine erhebliche Reduktion unserer Arbeitszeit ermöglicht.

Diese Ziele mögen aus heutiger Sicht hochgegriffen klingen, vielleicht gar idealistisch. Hält man sich jedoch vor Augen, dass heute im Durchschnitt jeder Haushalt, der über kein nennenswertes Vermögen verfügt, pro Jahr rund 10.000 Euro Transferzahlungen in das Zinssystem abführen muss, wird schnell klar, welches enormes Potential sich freisetzen lässt, sobald dieser Kapitalstrom von Fleißig nach Reich abgeschaltet wird.

Selbstverständlich ist es auch dann noch möglich, weiterhin Steuern zu erheben, wenn sie sinnvoll sind, um bestimmte Prozesse zu „steuern“. Daher kommt ja auch der Begriff „Steuern“. Ihr ursprünglicher Zweck bestand nicht in der Beraubung, sondern in der Steuerung, so dass man beispielsweise Verhaltensweisen fördert, die der Gesellschaft und der Natur zugutekommen, während man destruktives Verhalten besteuert.

Wer nun noch den Einwand erhebt, dass die Abschaffung aller Steuern viele Steuerberater und Finanzbeamte arbeitslos mache, der möge sich bitte noch einmal die vier Bausteine des

nachhaltigen Gesamtsystems genau anschauen, insbesondere das bedingungslose Grundeinkommen. Wir können es uns dann leisten, alle Steuerberater und Finanzbeamten sowie alle anderen Menschen, die sich heute mit der sinnlosen Verwaltung eines unnötigen Steuersystems beschäftigten müssen, mindestens in gleicher Höhe wie bisher weiterhin zu bezahlen. Selbst wenn wir all diese Menschen in bezahlten Dauerurlaub schicken, wird sich die Menge an Waren und Dienstleistungen, die unsere Volkswirtschaft erzeugt, nicht reduzieren, im Gegenteil, sie wird sogar steigen, da auch der produktive Anteil der Bevölkerung durch den Wegfall der unnötigen Formalitäten entlastet und in seiner eigentlichen Arbeit nicht länger behindert wird.

Die produktiv arbeitenden Menschen versorgen den unproduktiven (und trotzdem hart arbeitenden!) Teil der Gesellschaft auch heute schon mit Waren und Dienstleistungen. Und diejenigen, die tagtäglich sinnlose Formulare wälzen müssen, haben meist ohnehin keinen Spaß an ihrer nutzlosen Arbeit. Sie können es dann in ihrer Freizeit – wenn sie denn unbedingt eine Beschäftigung brauchen – mit produktiver Arbeit versuchen und damit die wirklich werktätigen Menschen entlasten, die es unter den neuen Rahmenbedingungen begrüßen werden, wenn ihnen jemand die Arbeit abnimmt.

Die tatsächliche Neuordnung wird Arbeitslosigkeit erstmals in der Geschichte ganz neu definieren, nämlich nicht als Katastrophe, sondern als Errungenschaft, die von uns allen angestrebt wird. Weniger Arbeit bei mehr Wohlstand, Beendigung des Wachstumswahns und ein Leben im Einklang mit unseren Mitmenschen und unserem begrenzten Planeten sind die realistische Alternative für das Zeitalter nach dem Kapitalismus, das man in einer tatsächlichen Neuordnung auch als Zeitalter des Humanismus bezeichnen kann.

3. Der Weg zum Ziel

3.1 Grundlagen

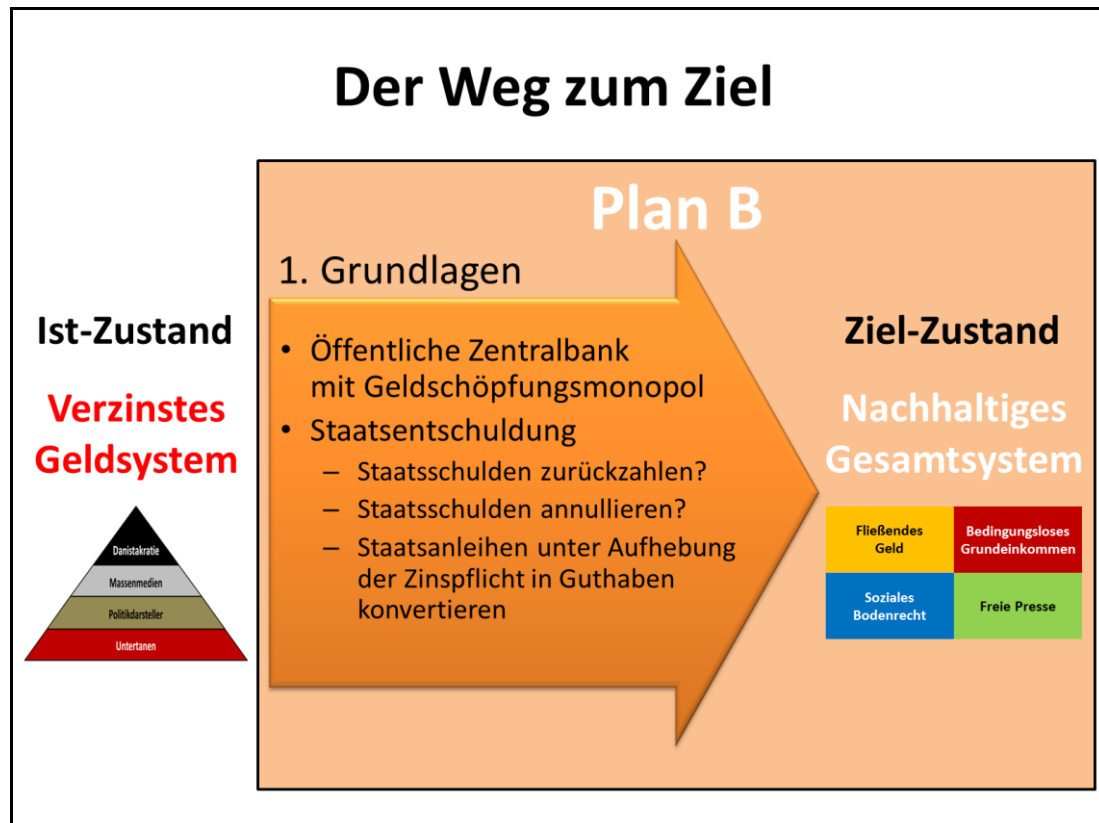
Nachhaltige Wirtschafts- und Finanzsysteme findet man in der Literatur und im Internet in einer kaum überschaubaren Vielfalt. Es kommen auch täglich Menschen auf uns zu, die uns noch mehr innovative Ideen vorstellen möchten. Wir haben jedoch keinen Mangel an nachhaltigen Modellen für die Zukunft. Wir haben einen Mangel an konkreten Handlungsmöglichkeiten, mit denen man ein besseres Modell zur Umsetzung bringen kann. Theorien, die in den Bibliotheken verstauben, gibt es genug, und wir betrachten es nicht als unsere Aufgabe, den Archiven noch ein weiteres Werk hinzuzufügen.

Es ist jetzt die Zeit zum Handeln! Es geht um einen realistischen Weg, der den heutigen Zustand mit dem gewünschten Ziel verbindet. Das Zeitfenster des nahenden Zusammenbruchs des heutigen Finanzsystems ist eng, und es besteht die große Gefahr, dass dieselben Machtstrukturen danach mit demselben System einfach einen Neustart durchführen, wonach die Ausbeutung der Menschen und der Erde für weitere Generationen noch weiter voranschreiten würde.

Bei der Ausarbeitung des Plan B lag es uns daher besonders am Herzen, den wichtigen Aspekt der Umsetzung zu integrieren. Plan B beinhaltet also neben dem nachhaltigen Gesamtsystem vor allem auch die konkreten Maßnahmen, also den Weg zum Ziel. Wir gehen nun den entscheidenden Schritt weiter und beginnen. Wir wenden uns hierbei natürlich nicht an die Politikdarsteller und werben auch nicht um ihre Gunst, wenngleich wir diesen Versuch pro forma in einem ersten Schritt durchführen müssen, um den Bestimmungen des Grundgesetzes Genüge zu tun.

Die zwei wichtigsten Grundlagen, damit das nachhaltige Gesamtsystem nicht nur Theorie bleibt, sondern zu einer *tatsächlichen* Neuordnung wird, ist die Errichtung einer öffentlichen Zentralbank mit alleinigem Geldschöpfungsrecht und eine Befreiung von der sogenannten Staatsverschuldung. Für beides werden wir die notwendigen Maßnahmen selbst einleiten.

Im Rahmen des fließenden Geldes wird das Geldschöpfungsmonopol auf diese öffentliche Zentralbank übertragen. Kreditäre Geldschöpfung durch Geschäftsbanken ist dann nicht mehr möglich, so dass sich die Aufgabe der Banken wieder auf die Vermittlung von Kapitalnachfrage und Kapitalangebot konzentriert. Die aus der heute praktizierten Giralgeldschöpfung resultierende, immer schneller wachsende Staatsverschuldung wird dann gestoppt.



Im diesem Zuge wird dann auch die überfällige Staatsentschuldung durchgeführt. Hierfür gibt es prinzipiell drei Möglichkeiten.

Die von den Politikdarstellern nach wie vor suggerierte Methode ist die Rückzahlung der Staatsschulden. Es ist jedoch kaum vorstellbar, mit welchen Repressalien der Staat den Steuerzahlern zwei Billionen Euro abnehmen könnte, um dieses Geld dann an Banken und Vermögende zu übertragen, deren Forderungen größtenteils aus dem unsittlichen Zinseszinsssystem resultieren. Aber abgesehen davon scheidet diese Methode schon allein dadurch aus, dass sie mathematisch und finanztechnisch unmöglich ist. Da sämtliches im bisherigen System vorhandene Geld in Form von Schulden entstand, würde selbst der Versuch einer Rückzahlung eine sprunghafte Reduktion der Geldmenge bewirken. Die Wirtschaft käme mangels Tauschmittel zum Erliegen, und unnötiges Leid wäre die Folge.

Da die Rückzahlung somit ausscheidet, stellt sich die Frage nach einer Annullierung der Staatsschulden, was den Staatsbankrott bedeutet. Ein Staatsbankrott ist bei Weitem nicht so dramatisch wie es heute dargestellt wird, es kommt nur darauf an, wie man ihn gestaltet. All die Staaten, die in der Geschichte (zum Teil schon mehrfach) bankrott waren, sind heute nach wie vor auf der Landkarte zu finden. Die Annullierung der Staatsschulden führt nur dann zu Not und Elend, wenn man sie falsch anpackt. Waren und Dienstleistungen sind im

Überfluss vorhanden. Die physische Ökonomie wird von einem Staatsbankrott überhaupt nicht tangiert, wenn man die richtige Methode anwendet.

Eine Rückzahlung der Staatsschulden ist also unmöglich, und eine Annullierung unter Anwendung der falschen Methode würde zu einer unnötigen Gefährdung der öffentlichen Ordnung und unseres Wohlstands führen. Daher stellt sich nun natürlich die Frage nach der richtigen Methode, die die Interessen aller Beteiligten berücksichtigt, Ruhe und Ordnung sowie die Funktionsfähigkeit der physischen Ökonomie bewahrt.

Diese Methode einer sauber kontrollierten Staatsentschuldung, die die Menschen entschuldet, aber nicht enteignet, besteht darin, Staatsanleihen unter Aufhebung der Zinspflicht in gesetzliche Zahlungsmittel zu konvertieren. Anders ausgedrückt: Jemand der seine Ersparnisse heute in Staatsanleihen investiert hat, geht im Gegensatz zum unkontrollierten Staatsbankrott nicht leer aus, sondern erhält durch diese Umwandlung ein Guthaben in gleicher Höhe. Oder ganz anders ausgedrückt: Das Geld im Gegenwert der Staatsanleihe wird auf diese Weise erzeugt.

An diesem Punkt wird natürlich bei entsprechend konditionierten Systemvertretern sofort der Inflationsreflex ausgelöst. Dabei ist es jedoch mathematisch zwangsläufig, dass eine Fortsetzung des bestehenden Geldsystems eine wesentlich höhere Inflation zur Folge hätte. Momentan wächst die Geld- und Schuldenmenge exponentiell. Sie muss sich daher immer weiter von der realen Wirtschaftsleistung entfernen, die dauerhaft keinesfalls exponentiell wachsen kann. Eine Umwandlung der Staatsanleihen in Guthaben hätte zwar eine Ausweitung der Geldmenge zur Folge. Dies geschähe jedoch einmalig und final, während die Inflation im herrschenden Finanzsystem theoretisch endlos weitergehen muss.

Die inflationäre Wirkung wird demnach dauerhaft deutlich geringer sein als bei einer Fortsetzung des bestehenden Systems. Es bleibt die Frage nach der kurzfristigen Auswirkung auf die Verbraucherpreise. Hierbei ist zu beachten, dass die in Staatsanleihen angelegten Gelder, nur weil sie in Guthaben konvertiert werden, nicht schlagartig nachfragewirksam auf den Markt strömen. Bei diesem Kapital handelt es sich um Sparvermögen, das nicht für den kurzfristigen Konsum sondern für Vorsorgezwecke vorgesehen ist.

Es bleibt zu erwähnen, dass nicht die gesamte Staatsverschuldung auf diese Weise in Guthaben konvertiert wird, sondern lediglich der Anteil, dem tatsächlich Spargelder gegenüberstehen. Staatsschulden, die allein aus der Giralgeldschöpfung durch Geschäftsbanken resultieren, waren ohnehin nie für eine Rückzahlung vorgesehen, sondern dienten von Anfang an nur dazu, den Steuerzahlern das Geld für die Zinsen aus den Taschen zu ziehen. Dieser Teil der Staatsverschuldung, dem keinerlei reale Grundlage gegenübersteht, kann ohne Auswirkungen auf Menschen und Realwirtschaft ersatzlos annulliert werden.

Diese Methode der Staatsentschuldung geht zurück auf Gottfried Feder (1883 – 1941), der sie in seinem „*Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft*“ bereits im Jahre 1919 forderte. Leider trug Feder damals auch zum Aufstieg der NSDAP bei, weshalb viele heute die Brechung der Zinsknechtschaft fälschlicherweise mit dem 1933 installierten Nazi-Regime in Verbindung bringen, das jedoch Feders Zinskritik anschließend ebenso bekämpfte, wie es auch die kapitalistisch geführten Demokratien taten und noch heute tun.

Die Einführung einer öffentlichen Zentralbank mit Geldschöpfungsmonopol und die Staatsentschuldung sind die zentralen Voraussetzungen für den Übergang zur tatsächlichen Neuordnung. Nun kommen wir zu den konkreten Maßnahmen, mit denen wir diese Grundlagen schaffen und die vier Komponenten des nachhaltigen Gesamtsystems umsetzen werden.

3.2 Umsetzung

Wir stellen keine Forderungen an irgendeinen Politikdarsteller. Es wäre töricht, sich z.B. an den Darsteller eines Arztes in einer Fernsehserie zu wenden, um ihn nach einer realen Herztransplantation zu fragen, selbst wenn dieser Darsteller möglicherweise sogar zusagen würde. Wer einen Schauspieler mit der Rolle verwechselt, die er spielt, der wird vermutlich auch Angela Merkel mit Frau Bundeskanzlerin ansprechen und von ihr erwarten, dass sie den Karren aus dem Dreck zieht. Das kann sie nicht, und das ist auch nicht ihre Aufgabe. Hierzu fehlt ihr – wie jedem anderen Politikdarsteller auch – die Kompetenz in jeder Hinsicht, also sowohl die fachliche Kompetenz als auch die Entscheidungskompetenz.

Wir bitten keinen der heutigen Marionetten der Danistakratie darum, irgendetwas zu tun, sondern wir machen es selbst. Dennoch werden wir in einem ersten Schritt, um die Vorgaben des Grundgesetzes einzuhalten, die Politikdarsteller vor eine Entscheidung stellen, die zeigen wird, ob unsere Analysen richtig sind. Es könnte ja sein, dass wir uns irren. Vielleicht haben wir ja gar keine Danistakratie, sondern eine wunderbar funktionierende „Demokratie“, und die Parlamentarier warten nur darauf, dass sie endlich ein Konzept wie unseres bekommen, um es dann ebenso schnell durchzuwinken wie derzeit jeden „alternativlosen“ Rettungsschirm auf Kosten der arbeitenden Menschen.

Laut Grundgesetz Artikel 20 Absatz 2 hat die Staatsgewalt vom Volke auszugehen. Demgegenüber steht heute ein Finanzsystem, von welchem nahezu das gesamte Volk überhaupt nicht profitiert. Wenn „alternativlose“ Rettungspakete vom Volke zwangsweise abverlangt werden, dann geht die Staatsgewalt eben nicht vom Volke aus. Die Vorgaben des Grundgesetzes sind hierdurch bereits verletzt.

Es stellt sich nun die Frage, was wohl passieren würde, wenn man ein neues Finanzsystem, welches nachweislich dem Volke dient, per Gesetzesentwurf in den Bundestag einbringen würde. Dieser Schritt mag zwar einen vorhersehbaren Ausgang haben, aber die weiteren Schritte erfordern, dass man ihn versucht hat.

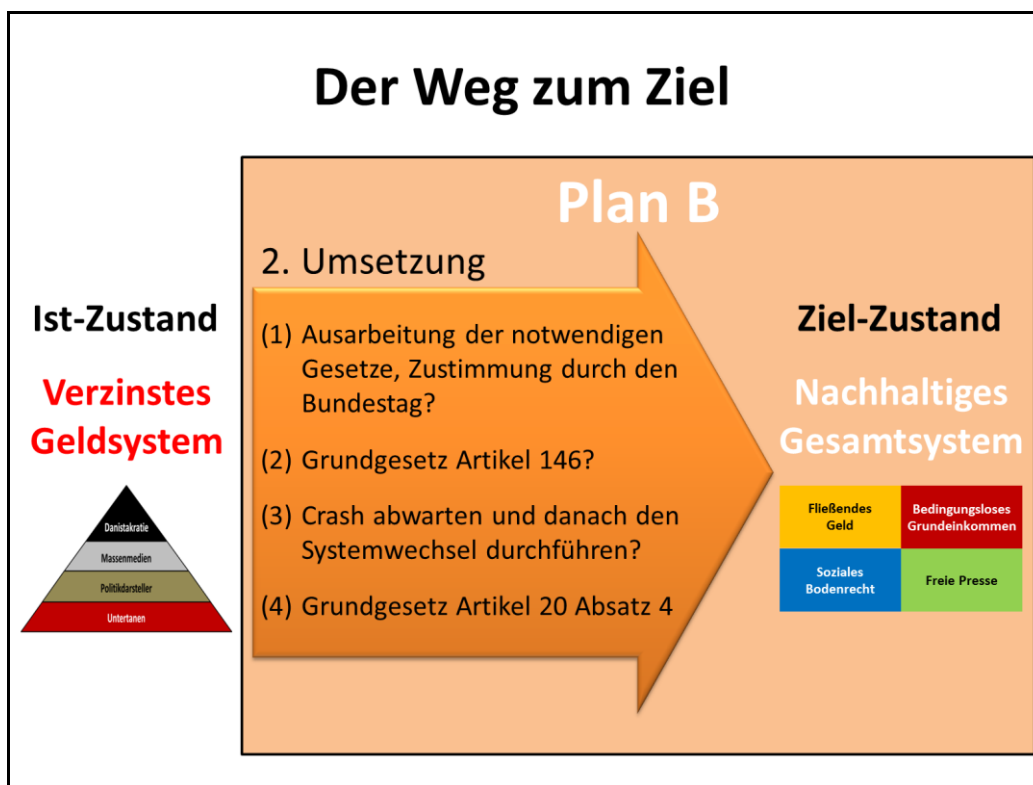
Wir sind also momentan dabei, die Grundlagen und Maßnahmen zur Herstellung einer tatsächlichen Neuordnung in Gesetzesentwürfe umzuwandeln, um diese dann auf dieselbe Art und Weise durch den Bundestag zu schleusen, wie es die Lobbyisten des Finanzsystems heute ständig tun. An den erforderlichen Kontakten zu Abgeordneten mangelt es unserem Institut natürlich nicht. Wir werden also in die Rolle von Lobbyisten schlüpfen. Der Unterschied zu den üblichen Lobbyisten des Finanzsystems besteht natürlich darin, dass wir uns wohl mit Fug und Recht als *Lobby des Volkes* bezeichnen dürfen, denn wenn die tatsächliche Neuordnung in Kraft tritt, dann werden alle Menschen davon profitieren.

„Das Volk als Lobbyist?“ So etwas gab es in der Geschichte der BRD bisher noch nie. Allerdings möchten wir an dieser Stelle auch gleich die Hoffnungen bremsen. Die Vorstellung, dass sich das Parlament dem Volke anschließen könnte, halten wir selbst für illusorisch. Den Personen, die heute Regierung spielen, trauen wir eine derartige Machtübernahme nicht zu. Wir rechnen also natürlich nicht ernsthaft damit, dass man unsere Gesetzesentwürfe ebenso schnell und ungeprüft durchwinken wird, wie die von der Finanzmacht eingereichten Enteignungsmaßnahmen gegen das deutsche Volk. Falls doch, dann haben wir uns eben diesbezüglich glücklicherweise geirrt. Das stört uns dann nicht weiter, sondern ganz im Gegenteil, das Ziel wäre schneller als gedacht erreicht, und wir sparen uns die weiteren Schritte.

Nach einem Scheitern dieses gut gemeinten Versuchs, werden sich die Fronten natürlich etwas verhärten und damit auch die Maßnahmen. Gemäß Grundgesetz Artikel 146 gilt: „Dieses Grundgesetz [...] verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in

Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“ Die gesetzlichen Bestimmungen zur Durchführung einer solchen Entscheidung sind zwar noch nicht vorhanden, aber auch hieran arbeiten wir auf dieselbe oben genannte Weise ebenso wie an dem dann erforderlichen Verfassungsentwurf.

Wenn auch diese Versuche scheitern, wovon wir angesichts der nicht vorhandenen Gewaltenteilung zwischen Kapital, Medien und Politik leider ausgehen müssen, dann bliebe an sich nur die Möglichkeit, dem Zerfall des bestehenden Systems tatenlos zuzusehen. Das Zinseszinsystem würde seine verheerende Wirkung noch auf die Spitze treiben. Exponentiell wachsende Zins- und Steuerzahlungen können theoretisch noch so lange erzwungen werden, bis sie das linear wachsende Bruttoinlandsprodukt übersteigen, was aufgrund der Zinseszinsfunktion mathematischen zwangsläufig ist. Dies wäre dann aber auch der allerspäteste Zeitpunkt für das vorprogrammierte Ende dieses Systems.



Bis dieses Ende erreicht ist, wird allerdings ein immer stärkerer Machtapparat aus Banken, Konzernen, Medien und den ihnen dienenden Politikern und „Staatsdienern“ immer stärkere Unterdrückungsmaßnahmen gegen das Volk durchführen müssen. Der Vertrag von Lissabon lässt bereits das Schlimmste befürchten. Diese Zeit nennen wir die Phase des Faschismus. Sie geht einher mit der Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung, die dann (noch stärker als bisher) voranschreitet. Der Verfassungsschutz und alle anderen „Staatsdiener“ sind angesichts dieser zwangsläufigen Entwicklung aufgefordert, dem wahren Staat, also allen Menschen zu dienen, und nicht länger diesem verfehlten Finanzsystem und seinen Aggregaten. Sie haben die Pflicht, die Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung, die momentan von Brüssel, Berlin und Karlsruhe aus betrieben wird, zu verhindern.

Wir hoffen nicht, dass wir die Phase des Faschismus noch absolvieren müssen. Doch angesichts des dargestellten Sachverhalts, ist genau dies leider unsere Prognose. Daher haben wir auch für diese Phase die notwendigen Maßnahmen bereits ausgearbeitet.

Gemäß Grundgesetz Artikel 20 Absatz 4 gilt: *„Gegen jeden, der es unternimmt, diese [verfassungsmäßige] Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“*

Diese vorgeschriebene „andere Abhilfe“ haben wir nun beschrieben. Mit ihrer Umsetzung haben wir bereits begonnen. Wenn diese Maßnahmen scheitern, dann stellt sich im Prinzip nur noch die Frage, ob die Revolution aller Menschen gegen das System, das sie unterdrückt, gewaltsam oder friedlich ablaufen wird.

Die Wissensmanufaktur steht selbstverständlich klar für die friedliche Variante ein. Die Methode des Widerstands muss allerdings durchdacht sein und berücksichtigen, dass Mehrheiten mangels Medienunterstützung illusorisch sind. Wir benötigen also einen Weg, bei dem es genügt, wenn nur fünf bis zehn Prozent der Menschen mitwirken. Dies ist ein realistisches Potential, welches man trotz der gegebenen Umstände erreichen kann. Gäbe es eine freie Presse, könnte man ja auch eine Partei gründen und eine sinnvolle Veränderung über Wahlen versuchen, doch dieser Weg ist leider verbaut.

An diesem Punkt stellt sich natürlich die Frage, was jeder Einzelne heute schon konkret tun kann. Dieses Thema wird unter www.wissensmanufaktur.net/steuerboykott (Rico Albrecht) näher erläutert, wobei speziell die Methoden des aktiven und passiven Widerstands schonungslos und allgemeinverständlich aufgearbeitet werden.

Die Perspektive

Eine Exponentialfunktion kann sich auch positiv auswirken, nämlich dann, wenn immer mehr Menschen die genannten Zusammenhänge verstehen und für eine Veränderung eintreten. Noch sind es wenige Menschen, die langsam erwachen, aber es werden immer mehr und dieser Prozess geht nur in eine Richtung. Wenn wir uns jetzt in dieser wichtigen Zeitphase nicht auseinanderdividieren (lassen) und uns nicht in Details einzelner Lösungsmodelle verzetteln, dann haben wir eine gute Chance, dass das heutige System an diesem historischen Scheideweg nicht wieder neu aufgelegt wird. Es liegt an uns Danistakraten. Rücken wir also zusammen und arbeiten gemeinsam an einem STOPP dieses Wahnsinns! Wir haben es in der Hand, bei dem bevorstehenden Crash die Weichen zu stellen für eine tatsächliche Neuordnung.

Unsere Nachfahren werden es uns danken.

Ihr **Andreas Popp** und **Rico Albrecht**, November 2011



Diesen Text gibt es auch als Hörbuch: www.wissensmanufaktur.net/plan-b